

„Infra-Politik“ der Willkommensgesellschaft

Serhat Karakayali

Die Ereignisse rund um die Ankunft hunderttausender Geflüchteter seit dem Sommer 2015 wurden in Deutschland zunächst unter dem Stichwort ‚Willkommenskultur‘ verhandelt. Obwohl die rasante Mobilisierung großer Teile der deutschen Bevölkerung den Eindruck erweckte, sie gehe ausschließlich auf Medienberichte, die Haltung der Kanzlerin und eine fast unisono positiv reagierende Öffentlichkeit zurück, kann man das zunehmende Engagement für Flüchtlinge doch etwas früher datieren. Laut unseren Umfragen (Karakayali/Kleist 2015) begannen bereits 2011 spürbar mehr Personen, sich bei Organisationen und Vereinen als Ehrenamtliche zu melden. Parallel dazu nahm seit 2008 die Anzahl der Asylsuchenden zu, ausgehend von einem historischen Tief im Jahr 2007, in dem nur 20.000 Anträge eingereicht wurden. Diese Zuwächse aber wurden ohne Zweifel durch die Ereignisse im September 2015 weit in den Schatten gestellt. Dass bis zu diesem Zeitpunkt die Zahlen der in diesem Bereich Engagierten laut Freiwilligensurvey (Gensicke/Geiß 2009) kaum im messbaren Bereich lagen, hat aber sicherlich auch damit zu tun, dass jene Personen und Gruppen, die sich bis dahin für Geflüchtete engagierten, dies als Teil ihres aktivistischen Engagements betrachtet haben, und weniger im Sinne eines konventionellen ehrenamtlichen Engagements. Dieser ältere Kreis von Engagierten ist noch immer aktiv und gehört zu jenen insgesamt 10 Prozent der deutschen Bevölkerung, die sich bis heute für Geflüchtete einsetzen (SID 2017). Im Folgenden soll die Passage oder Transformation des Ehrenamts von einem aktivistischen zu einem zivilgesellschaftlichen Engagement rekonstruiert werden. Dabei wird zu fragen sein, auf welche Weise sich die Akteure in diesem neu konstituierenden Feld zu Fragen des Politischen verhalten.

1 | Von der politischen zur zivilgesellschaftlichen Bewegung

Die hier vorgelegten Überlegungen beruhen auf Auswertungen von seit 2014 bundesweit durchgeführten Online-Erhebungen mit Ehrenamtlichen in der Flüchtlingsarbeit sowie auf zahlreichen Interviews, die in unterschiedlichen Projektzusammenhängen mit Initiativen und einzelnen Ehrenamtlichen in über das Bundesgebiet verteilten Städten unterschiedlicher Größe geführt wurden. Eine erste Reihe von 27 Experteninterviews wurde (weitgehend telefonisch) im Februar und März 2016 mit KoordinatorInnen von Willkommensinitiativen in verschiedenen Orten der Bundesrepublik durchgeführt. Im Sommer und Herbst 2016 folgten 14 leitfadengestützte narrative Interviews mit Ehrenamtlichen in Brandenburg, Berlin und Sachsen. Schwerpunkt waren hier insbesondere die kleineren Kommunen im ländlich geprägten Raum. Zusätzlich wurden 8 Gruppengespräche in denselben Kommunen mit den dort aktiven Willkommensinitiativen erhoben (siehe Karakayali 2017).¹ Das empirische Material wurde mit MaxQDA kodiert und inhaltsanalytisch ausgewertet. Die Stichprobe der Umfrage basiert auf ca. 1500 über das Bundesgebiet verteilten Emailadressen, die wir im Zeitraum September bis Oktober 2014 weitgehend von den Flüchtlingsräten auf Landesebene erhielten. Die erste Online-Umfrage enthielt zusätzlich einen Fragebogen für hauptamtlich in Organisationen für Geflüchtete tätige Personen (n=79). Die TeilnehmerInnenzahl für die Umfrage unter den Ehrenamtlichen stieg von der ersten Erhebung (n=466) auf 2293 TeilnehmerInnen in der zweiten Umfrage gegen Ende 2015 an, vor allem durch in jenem Jahr neu aktiv gewordene Ehrenamtliche. Bei der

dritten Umfrage sank die Beteiligung hingegen wieder auf 1303 TeilnehmerInnen.

Wie bereits oben erwähnt, ist der Einsatz für Geflüchtete kein vollständig neues Phänomen, sondern hat eine längere Tradition, die in Deutschland vor allem seit den 1990er Jahren in Gestalt einer Bewegung für ‚Flüchtlingssolidarität‘ Bedeutung gewann. Während Einzelpersonen und Gruppen bereits seit den 1960er Jahren Flüchtlingen aus politischen Gründen geholfen oder unterstützt hatten, wurde die Flüchtlingssolidarität erst ab den 1990er Jahren zu einer regelrechten sozialen Bewegung, als sich Teile der radikalen Linken nach dem Ende des Systemkonflikts um neue Themen gruppierten. Mit medienwirksamen Aktionen gegen Abschiebeflüge („Deportation Class“) der deutschen Fluggesellschaft Lufthansa wurden auch Gruppen bzw. Slogans wie ‚kein mensch ist illegal‘ und ‚no border‘ einer breiteren deutschen und internationalen Öffentlichkeit bekannt. Der Bewegung gelang es, seit Ende der 1990er Jahre umfangreiche politische Kampagnen wie die ‚Karawane für die Rechte der Migranten und Flüchtlinge‘², Kampagnen um das Kirchenasyl oder etwa die ‚no border-Camps‘ an verschiedenen europäischen Orten wie Lesbos, Straßburg, Frankfurt, Frassanito, Calais usw. zu organisieren (siehe Schneider/Kopp 2010). Wenn Flüchtlingen ‚geholfen‘ wurde, so geschah dies oft im Rahmen und als Teil dieser politischen Bewegung. In diesem Rahmen war die soziale Lage von Geflüchteten auf zwei Weisen politisch kodiert. Einmal unter dem Gesichtspunkt der Ungleichheit: Die Bewegung um Flüchtlingssolidarität verstand und versteht sich als Teil der antirassistischen Linken. Zum anderen wird die Situation der Geflüchteten in einen globalen Kontext gestellt, in dem sie Symptom oder Ausdruck globaler sozialer Ungleichheit sind. Wo möglich, wurden diese beiden Aspekte miteinander verbunden, weshalb es innerhalb der Bewegung viele gab, die betonten, Flüchtlinge müssten als politische Subjekte verstanden werden, denen nicht nur eine Stimme, sondern eine zentralere Rolle in der Bewegung gegeben werden muss (kritisch

zu dieser Diskussion Karakayali/Bojadzijej/Tsianos 2001; Bojadzijej/Karakayali 2007).

Auf den ersten Blick hat das gegenwärtige Ehrenamt für Flüchtlinge wenig mit einer solchen Bewegung gemeinsam, nicht nur aufgrund der soziodemografischen Neuzusammensetzung, auf die ich gleich eingehen werde, sondern auch, weil viele der Aktivitäten der Ehrenamtlichen heute mehr an eine Kompensation staatlicher Aufgaben erinnert, wie bereits vielfach moniert wurde (Misbach/van Dyk 2016, siehe auch der Beitrag von Laura Graf in dieser Ausgabe des Forschungsjournals Soziale Bewegungen). Die Übernahme einzelner Parolen wie ‚Refugees Welcome‘, etwa durch BILD für ihre eigene Flüchtlingshilfe-Kampagne, ändern daran nicht viel. Dennoch weist auch das aktuelle Ehrenamt eine Dimension politischer Rahmung und Artikulation auf. So finden sich die Debatten um Ungleichheiten, Hierarchien, um Rassismus und Exklusion – wenn auch auf andere Weise – im aktuellen Mainstream der neuen Freiwilligenbewegung wieder. Darüber hinaus ist für viele das Engagement selbst eine Art symbolischen Protests.

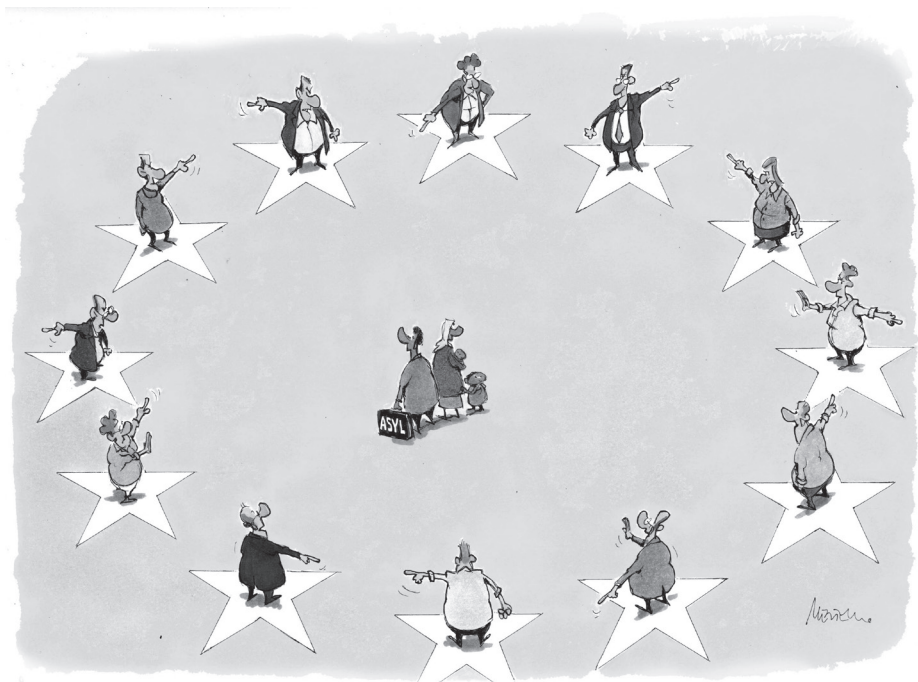
Ausgehend von diesen Überlegungen möchte ich diskutieren, in welchem Sinne und inwieweit Ehrenamtliche, die sich für Geflüchtete einsetzen, als Bewegung bezeichnet werden könnten, und inwiefern und auf welche Weise sich in ihrem Handeln eine politische Signatur abzeichnet.

2 | Neuzusammensetzung

Die soziodemographische Zusammensetzung der Ehrenamtlichen hatte sich insbesondere im Laufe des Jahres 2015 erheblich verändert, sowohl in Bezug auf ihr Alter als auch auf ihren Beruf und Wohnsitz. Der Anteil der jüngeren Freiwilligen sank von fast 30 auf rund 16 Prozent, während der Anteil der über 40-jährigen zunahm. Besonders deutlich, nämlich um das Vierfache, stieg der Anteil der Aktiven in kleineren Ortschaften, also Siedlungen mit einer Bevölkerung von bis zu 5.000 Einwohnern. Die Veränderungen in der Altersstruktur, so zeigt die Analyse der Umfragedaten (Karakayali/

Kleist 2016), und die Verschiebung auf ländliche Regionen, hängen zusammen. Als Reaktion auf die Verteilung der neu angekommenen Flüchtlinge auf die Landkreise sind in vielen Gemeinden und Orten spontan Initiativen und Helferkreise entstanden, die sich – anders als die Aktiven in den Großstädten – eher aus älteren Mitbürgern rekrutierten. Idealtypisch für die neue Ehrenamtliche – über zwei Drittel von ihnen sind weiblich – steht wohl die pensionierte Lehrerin, die Deutschunterricht erteilt. Die Verlagerung auf den ländlichen Bereich hat damit Kreise mobilisiert, die allein aufgrund sozialräumlicher Gegebenheiten eher weniger Kontakt mit den Realitäten einer Migrationsgesellschaft hatten. Dies gilt noch deutlicher für viele Gegenden in den neuen Bundesländern, wo der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund an der wohnhaften Bevölkerung bei unter 5 Prozent liegt. Tatsächlich zeigen auch unsere Umfragedaten, dass die neu dazugekommenen Ehrenamtlichen sehr viel häufiger als die älteren Kohorten keine oder sehr wenige MigrantInnen in ihrem

Freundes- oder Bekanntenkreis haben. Durch die erhebliche Zahl der Flüchtlinge, deren Verteilung auf ländliche Gegenden, aber auch durch die Tatsache, dass die Bundeskanzlerin und viele Leitmedien die Aufnahme der Flüchtlinge positiv begleitet haben, sind – so können wir zeigen – Personenkreise hinzugekommen, die das Gesamtbild in Richtung der sogenannten ‚gesellschaftlichen Mitte‘ hin verschoben haben. Auch Veränderungen hinsichtlich vieler weltanschaulicher Fragen lassen sich weitgehend auf diese Verschiebung hin zu Kleinstädten und älteren Engagierten erklären. Zugleich ist bemerkenswert, dass die allermeisten Engagierten sehr weitgehende Vorstellungen über die rechtlichen Grundlagen der Schutzgewährung haben. Während sich nur sehr wenige auf das im GG § 16 verankerte Asylrecht, das Schutz bei politischer Verfolgung gewährt, beziehen, geben die allermeisten „Menschenrechtsverletzungen“, „erzwungene Migration“ und „Offene Grenzen“ als Gründe an, die eine Aufnahme von Geflüchteten in Deutschland rechtfertigen.



Dabei ist der Bezug auf „erzwungene Migration“ besonders interessant, denn er verweist nicht auf spezifische, objektive Ursachen, sondern auf die Subjektivität der Geflüchteten. Es wird hervorgehoben, dass Geflüchtete gegen ihren Willen, d. h. „unverschuldet“ nach Deutschland kommen. Der erzwungenen steht so die ‚freiwillige‘ Migration gegenüber, die in der Regel viel negativer beurteilt wird. So wurde etwa die Kontroverse um die ‚Flüchtlingskrise‘ im angelsächsischen Raum anhand der Gegenüberstellung der Begriffe „refugee“ und „migrant“ geführt. „Migrant“ steht dabei für die ökonomisch motivierte, rational kalkulierende Person. Angesichts der Tatsache, dass Geflüchteten sozialstaatliche Leistungen (wenn auch in sehr geringem Umfang) zustehen und sie auch zunächst nicht zum Arbeitsmarkt zugelassen sind, ist eine solche Zuschreibung meist mit einer Ablehnung verbunden. Diese Betonung der Motivlage erinnert an die klassische Armutspolitik in Europa, bei der stets zwischen unverdienten und verdienten Almosenempfängern unterschieden wurde. Typische Narrative sogenannter ‚asylkritischer‘ Akteure beziehen sich auf diesen Zusammenhang, d. h. auf die vermeintlich rein gewinnorientierten Motive von Geflüchteten (die daher auch nicht ‚wirklich‘ geflüchtet seien). Der abstrakte Verweis auf den Zwang hat aber auch eine andere Dimension, die hier nicht unterschlagen werden soll. In der internationalen Debatte um Flucht und Migration wird seit Jahren darauf hingewiesen, dass die scharfe Trennung zwischen politischen und ökonomischen Ursachen für Flucht und Migration nicht haltbar ist. In vielen Regionen der Welt gehen politische und ökonomische Unsicherheit Hand in Hand. Das Motiv der „offenen Grenzen“ umgeht dieses Problem und wurde 2014 sogar von einer Mehrheit von 40 Prozent der Engagierten vertreten. Mit den neu mobilisierten Kreisen ist dieser Anteil auf knapp ein Viertel zurückgegangen – das Ehrenamt für Geflüchtete hat sich pluralisiert.

Man könnte diese Vielfalt auch als Ausdruck einer spezifischen Spannung deuten. Denn die in diesem Bereich engagierten Menschen

bewegen sich mit ihren Aktivitäten in einem Feld, das sowohl dem klassischen Ehrenamt nahesteht, als auch dem Feld der sozialen Bewegungen angehört. Anders als beim herkömmlichen Ehrenamt in meist gesellschaftlich unumstrittenen Bereichen wie Sport, Jugendarbeit, Gesundheit etc., bewegen sich die Engagierten mit dem Thema Flucht in einem gesellschaftlich kontroversen Themenfeld. Manche bringt die Parteinahme für die Sache der Geflüchteten in eine kritische Haltung gegenüber der geltenden Rechtslage und der damit verbundenen Asylpolitik der verschiedenen Bundesregierungen. Auch hier sind die Haltungen altersspezifisch verteilt, und es sind vor allem Jüngere, die besonders kritische Ansichten über die Politik der Bundesregierung haben. Manche Engagierte müssen sich wiederum gegenüber NachbarInnen, Verwandten und KollegInnen rechtfertigen. In vielen Gesprächen wurde deutlich, dass insbesondere Ehrenamtliche in den Kleinstädten Ostdeutschlands von einer Spaltung ihrer Gemeinde sprechen, die sich in vielerlei alltäglichen Situationen zeige. Diese politisch induzierte Problematisierung führt bei einigen Ehrenamtlichen zwar zu einer thematischen Auseinandersetzung mit Migrationspolitik, oftmals werden aber gerade heikle und möglicherweise kontroverse Themen in den Willkommensinitiativen außen vorgelassen. Der kleinste gemeinsame Nenner ist eine humanistische Haltung. Flüchtlingen kann man auch helfen, wenn man sich nicht eins ist etwa darüber, ob Geflüchtete sich nun deutschen Normen anpassen sollten oder „wir auch etwas von ihnen lernen können“. Von einer „sozialen Bewegung“ im herkömmlichen Sinne kann man insofern nicht sprechen, da unter den Ehrenamtlichen auch viele sind, die sich nicht an politischen Aktionen beteiligen oder ein bestimmtes längerfristiges Ziel verfolgen wollen. Manche äußern vielmehr explizite Vorbehalte gegen die Politik und distanzieren sich von allem Politischen. Politik wird dabei manchmal als Parteipolitik verstanden, dann aber auch als unfruchtbares „Dagegensein“, gegen das die ganz praktische Arbeit mit Geflüchteten gestellt wird.

3 | Ehrenamt in der postmigrantischen Gesellschaft

Weil viele der Freiwilligen einen bürgerlichen Hintergrund haben (die überwiegende Mehrheit ist finanziell gut gestellt, hat das Abitur bzw. studiert), erleben sie durch ihr Engagement, manchmal zum ersten Mal in ihrem Leben, welcher strukturellen Gewalt Menschen mit Migrationshintergrund im deutschen Wohlfahrtssystem ausgesetzt sind. Ein Beispiel mag dies veranschaulichen: Ein ehemaliger Schulleiter begleitet eine syrische Familie zum Jobcenter, um die Übernahme der Mietkosten abzuklären. Die Übernahme war zuvor mit der Begründung abgelehnt worden, die Mietkosten lägen über der vom Gesetzgeber vorgesehenen Höhe. Der Ehrenamtler wusste aber von einer Regelung, die die Übernahme unter der Bedingung zuließ, dass die zusätzlichen Mietkosten diese Höhe um nicht mehr als 20 Prozent überschritten. Erst nach längerem Insistieren gab der Sachbearbeiter nach und zwar nach eigener Aussage nur, weil der Begleiter der syrischen Familie um die Regelung wusste (Interview mit Hansjörg Behrendt, Netzwerk W i R – Willkommen in Reinickendorf, Berlin 10.2.2016).¹ Ehrenamtliche berichten immer wieder über solche Fälle, in denen AsylbewerberInnen und andere Personen mit Migrationshintergrund nur durch derlei Interventionen zu ihrem Recht gekommen seien. Tatsächlich haben die Freiwilligen oft detaillierte Kenntnisse über rechtliche Fragen und Verfahren und sind regelmäßig frustriert über die Unfähigkeit der Behörden, die Grundversorgung der Geflüchteten zu gewährleisten. Diese Erfahrungen haben, so scheint es, bei einem Teil der deutschen Mittelschichten ein Bewusstsein über institutionellen Rassismus geschaffen und bieten daher Chancen für neue Solidaritätsbündnisse.

Während die Ehrenamtlichen diese ständige Verweigerung und das Verschleppen von Dienstleistungen in Bezug auf Wohnraum, Schulbildung oder Arbeit thematisieren, hat die deutsche Koalitionsregierung Gesetzespakete zur ‚Integration‘ unter dem Motto „Fördern und Fordern“ verabschiedet, die sich

mehr oder minder wie Botschaften an eine deutsche Mehrheitsbevölkerung unter dem Einfluss rechtspopulistischer Propaganda lesen. Geflüchtete sollen nicht nur Sozialleistungen erhalten, sondern dazu gedrängt werden, aktiv am Arbeitsmarkt zu partizipieren. Die Genealogie dieser Aktivierungspolitik kann auf die „New Labour“ Strategie zurückgeführt werden, mit der sozialdemokratische Parteien seit den 1990er Jahren versucht haben, sich mit der neoliberalen Hegemonie zu arrangieren. Diese auch als ‚Workfare-Regime‘ bezeichnete Strategie zielt darauf, Sozialpolitik auf Forderungen nach „Flexibilität des Arbeitsmarktes, der Beschäftigungsfähigkeit und den Anforderungen der strukturellen oder systemischen Wettbewerbsfähigkeit“ unterzuordnen (Jessop 2003: 29 ff.).

Gerade in diesem Zusammenhang zeigen Ehrenamtliche oft eine kritische Haltung gegenüber den teils kulturalistisch kodierten Annahmen, die mit einer solchen Politik einhergehen, in der Regel mit Bezug auf ihre eigenen Erfahrungen im Umgang mit Geflüchteten. Immer wieder heben sie die Anstrengungen hervor, die geflüchtete Personen diesbezüglich aufbringen, sei es, um die deutsche Sprache zu lernen, eine Beschäftigung oder einen Ausbildungsplatz zu finden. Bei jenen, die eine solche ‚Integrationsbereitschaft‘ nicht demonstrieren, betonen Ehrenamtliche hingegen die vielfältigen Probleme und Hürden, mit denen Flüchtlinge zu kämpfen haben – vom mangelnden kulturellen Wissen bis zur Traumatisierung durch die Flucht selbst. Insgesamt tendieren Ehrenamtliche aber nicht nur dazu, diese Formen eines generalisierten Verdachts gegenüber Geflüchteten zurückzuweisen. Vielmehr wird oft auch die Vorstellung eines verbindlichen Gerüsts kultureller Normen (Stichwort ‚Leitkultur‘) skeptisch gesehen. Stattdessen demonstrieren die von uns Interviewten eher eine Offenheit gegenüber den ihnen kaum bekannten sozialen Praktiken und Verhaltensmustern von Geflüchteten. Dies kommt etwa in den häufig geäußerten Forderungen nach interkulturellen Trainings zum Ausdruck, in denen man lernen kann wie in anderen Gesellschaften mit Geburt

und Tod, Trauer und Freude umgegangen wird. Statt also eine schnelle Anpassung an einen vermeintlich deutschen Lebensstil einzuklagen, thematisieren Ehrenamtliche eher ihr eigenes Unwissen in Bezug auf andere Kulturen, d.h. sie vollführen in ihrer Praxis eine Kultur der Anerkennung von Differenzen. „Also ich möchte auch gerne was von denen hören und von ihrem Land, von ihrem Leben und die haben sich ja nicht nur abgewendet mit Widerwillen, sondern es ist auch ihre Heimat und mich interessiert auch die Heimat“ (Ehrenamtlicher Dallgow, Havelland, 23.8.2016). Damit geht einher, dass Integration entsprechend nicht als unidirektionaler Prozess, sondern als Vorgang verstanden wird, in dem alle Mitglieder einer Gesellschaft sich aufeinander zubewegen. Ihren Beitrag dazu verstehen sie, in den Worten einer Ehrenamtlichen aus Berlin (THF-Willkommen, Berlin, 27.07.2016) darin, die Bedingungen dafür herzustellen, dass sie, also die Einwanderer, Teil der Gesellschaft werden können.

4 | Helfen als Zeichen

Ob das Ehrenamt für Geflüchtete als ‚politisch‘ gelten kann, das deutet sich hier an, sollte also weniger an herkömmlichen Kriterien politischer Artikulation festgemacht werden. Eine solche Engführung hatte z.B. bereits Hirschman problematisiert, der neben der konventionellen ‚Voice‘, also dem Erheben der Stimme auch ‚Exit‘, das Verlassen oder die Flucht aus der politischen Gemeinschaft, neben Loyalität zu dem jeweiligen Gemeinwesen (‚loyalty‘) als Alternativen stellte. In jüngerer Zeit haben verschiedene AutorInnen, wie etwa Asef Bayat, der von ‚non-movements‘ spricht, in ähnlicher Weise zu beschreiben versucht, dass man politische ‚Artikulation‘ nicht nur in herkömmlichen Sphären und Formen verorten sollte. Jenseits dieses hybriden und auch konfliktiven Zusammenhangs ist ein weiteres wichtiges Merkmal des Engagements seine Rahmung als „Protest“ durch viele der Beteiligten. Wie unsere Befragungen ergeben haben, ist das Motiv sich einzusetzen oftmals dort stark, wo sich in Bürgerversammlungen

oder Informationsveranstaltungen sogenannte „asylkritische“ Stimmen melden. Engagierte geben oft an, dass sie mit ihrem Einsatz ein Zeichen gegen rechtspopulistische Stimmungsmache setzen wollen. Während dies für mehr als 80 Prozent der Ehrenamtlichen ein wichtiges Motiv ist, hat diese Form des symbolischen Protests eine besondere Relevanz in Orten, Stadtteilen und Nachbarschaften, in denen Bürger den Eindruck gewinnen, dass fremdenfeindliche Stimmungen aufkommen. So sind in manchen Kommunen Initiativen entstanden, um solchen Entwicklungen entgegenzutreten. Gelegentlich ist dies auch mit der Vorstellung verbunden, dass eine frühe „Integrationsarbeit“ mit Geflüchteten dazu beitrage, Konflikte zu vermeiden. Aus manchen Kommunen wird berichtet, dass Nachbarn, die anfangs skeptisch gegenüber der Einrichtung eines Asylheims im Viertel waren, nun bei der Willkommensinitiative mitmachen. Wie weit solche erfolgreichen Integrationsstrategien verbreitet sind, ist schwer zu sagen. Es bleibt eine noch zu überprüfende These, dass die Arbeit solcher Willkommensinitiativen einen praktischen Beitrag zur Zurückdrängung rechtspopulistischer und fremdenfeindlicher Stimmungen leistet.

Gleichzeitig zeichnet sich ein interessanter Trend ab, der mit Konflikten dieser Integrationsarbeit zusammenhängt. Viele Ehrenamtliche erleben, wie Behörden und Ämter ihnen in ihren Bemühungen Steine in den Weg legen. Während einige diese Probleme im Sinne einer Bürokratiekritik deuten, gibt es auch welche, die diese Reibungen kritischer sehen. Bei einer kürzlich durchgeführten Umfrage unter mehr als 500 Initiativen in ganz Deutschland gab mehr als die Hälfte an, keinerlei finanzielle Mittel zu beantragen, um ‚unabhängig‘ bleiben zu können.³ In den Gesprächen, die wir in diesem Zusammenhang mit den Initiativen führen konnten, wurde deutlich, dass Ehrenamtliche sich zunehmend kritisch gegenüber den politischen Instanzen äußern, vor allem weil die Maßnahmen im Rahmen des Asylopakets II Spaltungen und Hierarchisierungen bei den von den Ehrenamtlichen betreuten Geflüchte-

ten eingeführt haben, die von den Initiativen abgelehnt werden. Dies ist auch einer der Gründe dafür, dass vor allem die vielen kleinen Initiativen kaum mit staatlichen Geldern operieren, sondern sich überwiegend aus privaten Spenden finanzieren. Nur so können sie Aktivitäten finanzieren, mit denen sie die von ihnen als ungerecht empfundenen Ausschlüsse, z. B. von Geflüchteten aus Ländern wie Afghanistan, kompensieren können – etwa indem sie ihnen entgegen der rechtlichen Vorgaben kostenlose Deutschkurse anbieten oder mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln Anwaltskosten bezahlen, wenn Leistungen gerichtlich gegen die Jobcenter erstritten werden müssen (Karakayali 2017).⁴

5 | Zivilgesellschaft herstellen

Eine zentrale Dimension des Engagements besteht also darin, gesellschaftlichen Zusammenhalt zu organisieren, und zwar einen, der die Neuankömmlinge miteinschließt und der gleichzeitig einer Polarisierung von Rechts entgegentritt. Sie besteht zunächst darin, geflüchteten Menschen Kontakte mit Angehörigen der Mehrheitsgesellschaft zu ermöglichen, die diese sonst gar nicht hätten. Zwar deuten viele Aktivitäten, wie Fahrdienste und Behördenbegleitungen, auf den Ausgleich für Defizite staatlichen Handelns hin, jedoch haben diese oft mehr als nur eine pragmatische Funktion. Ehrenamtliche agieren als ‚Anwälte‘ der Geflüchteten und erkämpfen Leistungen, die BehördenmitarbeiterInnen verweigern oder die Geflüchteten gar nicht erst angeboten werden. Die Integrationsleistung der Initiativen beschränkt sich aber nicht nur auf die Inklusion der Geflüchteten. Sie richtet sich indirekt und direkt auch an jene, die Einwanderung und Vielfalt als Gefahr und Bedrohung erleben. Wo den Medien und dem politischen Establishment nicht vertraut wird, sind es Nachbarn, Fußballtrainer oder die Landärztin, die durch ihr Engagement auch alteingesessenen Deutschen mit wenig Migrationserfahrung die Integration in die postmigrantische Gesellschaft erleichtern

können. Dort, wo Bürger sich abgehängt und missachtet fühlen, wird der Einsatz für Flüchtlinge manchmal als ungerecht empfunden, unabhängig davon, ob die eigene Situation sich kaum mit der von Menschen vergleichen lässt, die ihre Heimat verlassen mussten. Gerade in ländlichen Gegenden ist die Willkommensinitiative ein geradezu erstaunlich politisches Medium, in dem es gelingt, Hilfe für Geflüchtete und den Aufbau einer zivilgesellschaftlichen Hegemonie miteinander zu verbinden. Interessant ist, dass dies oft unter Zurückweisung des politischen Feldes oder konventioneller Politikformen geschieht. Geflüchteten zu helfen kann für die vielen Beteiligten sowohl heißen, ihren jeweiligen Sozialraum interkulturell zu öffnen als auch die Folgen eines imaginären ‚Scheiterns von Integration‘ präventiv zu verhindern. Immer aber stellt der Eintritt in eine solche Initiative oder das einfache Mitmachen eine äußerst niedrighürde Hürde dar. Sie ermöglicht es Menschen, die möglicherweise Berührungsängste haben, sich an herkömmlichen Formen des politischen Protests, z. B. gegen rechte Mobilisierungen, zu beteiligen, und bietet die Möglichkeit von einer solchen Mehrfachcodierung zu profitieren. Entscheidend aber ist, dass die Existenz und die Arbeit der Initiativen, unabhängig von der unterschiedlichen Motivation einzelner Beteiligter, als Zeichen gegen solche rechten Mobilisierungen verstanden wird (weshalb Initiativen auch Opfer rechter Gewalt werden). Manche Initiativen berichten, eine Hegemonie in ihrem Ort zu haben, womit offenbar gemeint ist, dass die von ihnen vertretenen Positionen allgemeinere Geltung in der lokalen Öffentlichkeit gewonnen haben. Widersprechende Stimmen aus der Gemeinde, so kann man den Gesprächen entnehmen, gibt es zwar weiterhin, sie spielen aber politisch keine Rolle: „Also die Verankerung im Dorf ist in der Form, dass wir die Meinungsführerschaft haben (...) da gibt es natürlich Leute, die ganz andere Meinungen haben, aber wichtig ist, dass man sozusagen die Honoratioren, also den Ortsvorsteher, den Pfarrer, die Lehrer und so weiter, den Arzt,

dass die auf unserer Seite sind“ (Sprecher des Willkommensteams des Bürgervereins Groß Schönebeck/Schorfheide e.V.). Bemerkenswerter noch ist aber ein anderes Szenario, dem wir in einigen wenigen Interviews begegneten, nämlich einer Konversion der Gegner und potenziellen Gegner in relativ kurzer Zeit. So berichtet ein Engagierter aus Wandlitz, dass nach der ersten Bürgerversammlung, auf der sich die Mehrheit der Anwesenden noch negativ über die neue Asylunterkunft geäußert hätten, auch diese sich im Laufe von zwei Jahren der Initiative angeschlossen hätten.

6 | Ehrenamt als Medium einer zivilgesellschaftlichen Formierung gegen ‚rechts‘

Das Feld des ehrenamtlichen Engagements für Geflüchtete hat sich verändert - von einer konventionellen sozialen Bewegung mit abgegrenzten Rahmendeutungen, in denen ‚Hilfe‘ immer in Verbindung mit unterschiedlichen Formen des politischen Protests und der Organisierung einherging, zu einer breite Bevölkerungsschichten umfassenden zivilgesellschaftlichen Bewegung. In dieser hat nicht nur eine Vielzahl weltanschaulicher Perspektiven Platz, sondern der Fokus auf Integration oder Inklusion bringt es mit sich, dass die Praktiken sich sehr viel stärker an den existierenden gesellschaftlichen (und teils staatlichen) Institutionen orientieren: Daher auch die Debatte um den ‚Ersatz‘ staatlicher Dienstleistungen durch Ehrenamtliche. Allerdings geht die Bewegung nicht darin auf. An vielen Stellen kommt es zu Widersprüchen, Reibungen und Kritik, die sich teils in der Ablehnung staatlicher Förderungen und teils in Protest äußern, oftmals aber folgenlos bleiben. Dort, wo das Ehrenamt von einer Sorge um das Gemeinwesen, die Stimmung im Ort, etc. getragen ist, fungiert das Engagement als Vehikel einer zivilgesellschaftlichen Formierung gegen rechts. Die Organisierung von Infrastruktur, nicht selten begleitet von einer plakativ antipolitischen Haltung und der Betonung des ganz pragmatischen Einsatzes, scheint es den Initiativen zu ermöglichen, die politische Dimension ihres Handelns in den

Hintergrund zu rücken. Man könnte von einer zivilgesellschaftlichen „Infrapolitik“ sprechen, nicht nur, weil sie Infrastrukturen der Versorgung errichtet, sondern weil dieser Schwerpunkt es den Akteuren erlaubt, sich *unterhalb* eines als politisch kodierten sozialen Raums zu bewegen bzw. sich politischen Kritiken und Einordnungen zu entziehen.

Dr. Serhat Karakayali forscht am Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung der Humboldt Universität zu Berlin. Kontakt: serhat.karakayali@hu-berlin.de

Anmerkungen

- ¹ Die in diesem Text vorgestellten Ergebnisse sind aus Forschungen am Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung der Humboldt Universität und dem IMIS in Osnabrück entstanden - in Zusammenarbeit mit Dr. Olaf Kleist und Dr. Ulrike Hamann und den studentischen Hilfskräften Mira Wallis, Leif Höfler und Laura Lambert.
- ² Siehe <http://thecaravan.org/taxonomy/term/1> [01.08.2017].
- ³ Die Ergebnisse sind noch nicht veröffentlicht, siehe Karakayali et al. 2017.
- ⁴ Insbesondere das BAMF genießt einen durchweg schlechten Ruf bei den Initiativen, weniger die lokalen Kommunalverwaltungen oder die Polizei (Karakayali/Kleist 2015 und 2016).

Literatur

Bojadžijev, Manuela/Karakayali, Serhat/Tsianos, Vassilis 2001: Papers and Roses. Die Autonomie der Migration und der Kampf um Rechte. In: BUKO (Hg.) radikal global. Perspektiven für eine internationalistische Linke, Hamburg: assoziation A, 180-195.

Bojadžijev, Manuela/Karakayali, Serhat 2007: Autonomie der Migration. 10 Thesen zu einer Methode. In: TRANSIT MIGRATION Forschungsgruppe (Hg.): Turbulente Ränder. Neue Perspektiven auf Migration an den Grenzen Europas. Bielefeld: transcript, 203-209.

Gensicke, Thomas/Geiss, Sabine 2010: Hauptbericht des Freiwilligensurveys 2009. Ergebnisse der repräsentativen Trenderhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement. Berlin: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Hirschman, Albert O. 1970: *Exit, Voice, and Loyalty: Responses to Decline in Firms, Organizations, and States*. Cambridge, MA: Harvard University Press.

Jessop, Bob 2003: Changes in Welfare Regimes and the Search for Flexibility and Employability. In: Overbeek, Henk (Hg.): *The Political Economy of European Unemployment: European Integration and the Transnationalization of the Employment Question*, London: Routledge, 29-50.

Karakayali, Serhat/Kleist, Olaf 2015: Strukturen und Motive der ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit in Deutschland. https://www.bim.hu-berlin.de/media/2015-05-16_EFA-Forschungsbericht_Endfassung.pdf [01.08.2017].

Karakayali, Serhat/Kleist, Olaf 2016: ‚Strukturen und Motive der ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit in Deutschland 2‘, Berlin: BIM. https://www.bim.hu-berlin.de/media/Studie_EFA2_BIM_11082016_V%C3%96.pdf [01.08.2017].

Karakayali, Serhat 2017: Pionierinnen der Willkommensgesellschaft. Strukturen und Motive des Engagements für Geflüchtete. BIM: Berlin. https://www.bim-fluchtcluster.hu-berlin.de/de/5-pionierinnen-der-willkommensgesellschaft/forschungsbericht_pionierinnen-der-willkommensgesellschaft/at_download/file [01.08.2017].

Karakayali, Serhat/Hamann, Ulrike/Wallis, Mira 2017: Förderstrukturen des Ehrenamts für Geflüchtete. Projektbericht. Gütersloh: Bertelsmann.

SI EKD – Sozialwissenschaftliches Institut der EKD 2017. Skepsis oder Zuversicht? Wie blickt Deutschland auf Flüchtlinge? Hannover. https://www.si-ekd.de/download/Fluechtlingsstudie_SP_PW_final.pdf [23.02.2017].

Schneider, Florian/Hagen Kopp 2010: A Brief History of the Noborder Network. <http://www.tacticalmediafiles.net/articles/3332/A-Brief-History-of-the-Noborder-Network> [01.08.2017].

van Dyk, Silke/Misbach, Elène 2016: Zur politischen Ökonomie des Helfens. Flüchtlingspolitik und Engagement im flexiblen Kapitalismus. *Prokla. Ökonomie der Flucht und der Migration*, Jg. 46, Heft 183, 205-222.

Soziales Engagement in der Flüchtlingshilfe

Angekommen im Unbehagen

Fabian Beckmann/Fabian Hoose/Anna-Lena Schönauer

1 | Einleitung

Als im Jahr 2015 für viele unerwartet und einigermaßen überraschend eine große Zahl¹ Geflüchteter nach Deutschland kam, schienen die mit dieser Situation konfrontierten staatlichen Stellen zunächst überfordert. Dass der Zuzug dieser Menschen dennoch bewältigt werden konnte (auch wenn nicht immer alles

zufriedenstellend funktionierte und Improvisation vonnöten war), lag nicht zuletzt an der Bereitschaft vieler Menschen in Deutschland, sich in dieser Ausnahmesituation im Bereich der Geflüchtetenhilfe freiwillig mit einzubringen. Neben dieser Hilfsbereitschaft ist es inzwischen jedoch vermehrt auch zu Anfeindungen und sogar zu Übergriffen nicht nur gegenüber Geflüchteten, sondern auch gegenüber den